

## Lenningen will Vorkaufsrecht ausüben

**Planung** Die Gemeinde möchte, dass im Gebiet „Beunk“ in Schopfloch Bauplätze für die Allgemeinheit entstehen.

**Lenningen.** Die Gemeinde Lenningen sieht sich gezwungen, für ein Grundstück in Schopfloch, das kommunale Vorkaufsrecht auszuüben. Einstimmig hat der Gemeinderat den Vorschlag der Verwaltung abgenickt. Bürgermeister Michael Schlecht betonte: Die Fläche sei im Gebiet „Beunk“ ein Schlüsselgrundstück – die Ausübung des Vorkaufsrechts deshalb die „Ultima Ratio“. Hinzu kommt: Die Flächen stellen die letzte größere Baulandreserve in Schopfloch dar. In dem Gebiet, das von der Pfulb her kommend oberhalb des Ortseingangs liegt, könnten zehn Bauplätze entstehen.

Schon 2014 hatte die Kommune davon erfahren, dass sich ein Käufer für das 4169 Quadratmeter große Privatgrundstück interessiert. Hätte er sich verpflichtet, die Fläche zu bebauen, hätte die Gemeinde den Verkauf mitgetragen. Andernfalls war sie schon damals entschlossen, vom Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Gespräche fruchteten nicht. 2016 fasste die Kommune einen Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplans. Ziel war eine Nachverdichtung und eine Erschließung des Quartiers.

Am 1. Juni dieses Jahres schlossen nun die Grundstückseigentümer mit dem privaten Interessenten einen Kaufvertrag, der mittlerweile wieder aufgelöst wurde. Der Rücktritt vom Vertrag hat offenbar jedoch keine Konsequenzen für das kommunale Vorkaufsrecht. Während sich die Gemeinde beim Preis für das nicht erschlossene Bauland mit 90 Euro pro Quadratmeter an dem Betrag orientiert, der auch dem Vertrag zugrunde lag, muss sie den Wert für die künftige Verkehrsfläche bestimmen. Das erläuterte die Rechtsanwältin Dr. Helena Wirsing dem Gemeinderat. Den Preis dafür leg-



FOTO: JEAN-LUC JACQUES

te das Gremium auf 40 Euro fest. Die Verwaltung geht davon aus, dass dies den in dem aufgelösten Kaufvertrag aufgeführten Preis von rund 375 000 Euro um 30 000 bis 35 000 Euro verringert. Einschließlich der Nebenkosten rechnet die Gemeinde für den Erwerb des Grundstücks mit 365 000 Euro. Die Juristin geht von guten Erfolgsaussichten für die Kommune aus. Wie die übrigen Gemeinderäte bedauerte Ortsvorsteher Gunter Berger, dass es keine Einigung gegeben hatte. Es gehe um das öffentliche Interesse, im Beunk Bauland für die Allgemeinheit schaffen zu können.

Anke Kirsammer